



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/01844**
Datum: 23.10.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric
Dr. Burkert, Silke
Plandatum:

| Beratungsfolge | Termin | Status |
|----------------|------------|----------------------------|
| Stadtrat | 28.10.2020 | öffentlich Entscheidung |

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung der Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt zu prüfen inwieweit und unter welchen Bedingungen die Einführung der Kastrations- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen für die Stadt Halle (Saale) durchführbar ist. **Neben der Kastration ist auch die Sterilisation als Mittel zu prüfen.** Das Ergebnis ist dem Stadtrat im Januar 2021 zur Verfügung zu stellen.

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Halle (Saale)

gez. Dr. Silke Burkert
stellvertretende Vorsitzende
SPD-Fraktion Halle (Saale)

Begründung:

Seit dem Jahr 2018 besteht im Land Sachsen-Anhalt für Kommunen die Möglichkeit eine Registrations- und Kastrationspflicht für Katzen mit Freigang einzuführen. Vorgenommen wurde die Einführung der Kastrations- und Registrationspflicht bisher von den Kommunen Zerbst und Bad Dürrenberg.

Eine nicht kastrierte Katze kann im Verlauf ihres Lebens eine große Anzahl von Nachkommen in die Welt setzen. Die ungebremste Vermehrung von Katzen führt zu überfüllten Tierheimen und Tierschutzhäusern. In vielen Fällen leiden die Tiere und verenden in der freien Natur, wenn sie nicht vom Mensch gefunden und versorgt werden. Aus diesen und vielen weiteren Gründen empfehlen Tierschutzvereine die Einführung einer Registrierungs- und Kastrationspflicht.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

15.10.2020

Sitzung des Stadtrates am 28.10.2020

Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung der Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

Vorlagen-Nummer: VII/2020/01844

TOP: 9.14

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen

Katharina Brederlow
Beigeordnete